

Yossi Beilin

Wie die Stunde der Wahrheit erfunden wurde

Was bleibt von der Genfer Initiative

Auf dem Höhepunkt der zweiten Intifada trafen sich bekannte israelische und palästinensische Politiker und erarbeiteten einen detaillierten Entwurf für ein Friedensabkommen. Doch auch wenn die private Initiative auf internationale Unterstützung verweisen kann, je mehr Zeit vergeht, umso geringer scheinen die Chancen ihrer Umsetzung.

Yossi Beilin

(* 1948) war israelischer Wirtschafts- und Justizminister (1995 und 1999-2001). Seit 2004 ist er Vorsitzender der Partei *Meretz-Yachad*.

beilin@ecf.org.il



Einen Tag vor der Reise zweier Delegationen – einer israelischen und einer palästinensischen – zu einem Gesprächsmarathon in Jordanien, wo die zweieinhalbjährigen informellen Verhandlungen für ein endgültiges Abkommen ihren Abschluss finden sollten, sah ich die Nachrichten im Fernsehen. In jenem Oktober 2003 waren diese nicht besonders spektakulär. In einigen Wochen würden Kommunalwahlen stattfinden und das Fernsehen berichtete damals über einen Besuch von Premierminister Sharon in der Parteizentrale des *Likud* in Bat-Yam. Anstatt seine Unterstützung für den chancenlosen Kandidaten seiner Partei kundzutun, zog es Sharon vor, seine Zuhörer an einem großen Sicherheitsgeheimnis teilhaben zu lassen: In diesem Augenblick, so der Premier, verhandeln Israelis hinter dem Rücken der Regierung mit palästinensischen Vertretern und verhalten sich damit in verantwortungsloser und gefährlicher Weise.

Meine erste instinktive Reaktion war, mir den Zorn des Premierministers über eine derart verantwortungslose Aktion zu eigen zu machen. Nach einiger Zeit jedoch

verstand ich, dass er sich auf meine Weggefährten und auf mich bezog. Sharon wusste von unserer Reise nach Jordanien; er wusste, dass es sich hierbei um eine Gruppe handelte, die aus Vertretern verschiedener Parteien einschließlich seiner eigenen sowie ehemaligen Angehörigen der Sicherheitskräfte bestand. Hierzu zählten der ehemalige Generalstabschef Amnon Lipkin-Shahak, der frühere Vizedirektor des *Mossad*, Dave Kimchi, der ehemalige Leiter des Rates für Nationale Sicherheit, Reservegeneral Gideon Shefer, Reservegeneral Amnon Mitzna, früher Kommandant des Zentralabschnitts (und als solcher zuständig für die Westbank) und während kurzer Zeit Vorsitzender der *Arbeitspartei*, der Schriftsteller Amos Oz, Dalia Rabin, die Tochter Yitzhak Rabins, und eine andere Person aus der Mitte der israelischen Gesellschaft.

Der Versuch Sharons, dieser Gruppe die Legitimation zu entziehen, hielt keinen einzigen Tag stand, doch sorgte er dafür, dass die Genfer Initiative im Nahen Osten und in der ganzen Welt auf ein riesiges Interesse stieß. Eine Initiative mit dem Ziel, ein detailliertes Modell für ein israelisch-palästinensisches Abkommen auszuarbeiten, war ein absolutes Novum. Die Initiative wurde von Friedenssympathisanten weltweit unterstützt. Der Bundestag verlieh ihr über alle Parteigrenzen hinweg seine Unterstützung und andere Parlamente folgten seinem Beispiel. Fast fünf Jahre nach Abschluss der Verhandlungen sucht man vergeblich nach einer Konkurrenz zu

diesem Dokument. Wenn in diesen Tagen palästinensisch-israelische Verhandlungen mit dem erklärten Ziel stattfinden, bis Ende 2008 zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen, stellt die Genfer Initiative für beide Seiten den wichtigsten und in manchen Fällen sogar den einzigen Bezugsrahmen dar. Einen größeren Beitrag zum Frieden hätten wir nicht leisten können.

Vorgeschichte

Wir müssen bis zum Jahr 2000 zurückgehen, dem Jahr der großen Hoffnungen, die in Gewalt und Desillusionierung endeten. Im Januar 2000 wurde beinahe ein israelisch-syrisches Abkommen erzielt, doch scheiterten die Verhandlungen im letzten Moment. Im Juli 2000 fanden in Camp David bei Washington Gespräche statt, an denen Präsident Clinton, der Vorsitzende der Autonomiebehörde Yassir Arafat und Premierminister Ehud Barak teilnahmen. Sie verhandelten über sehr weitgehende Vorschläge, doch gelang es den Teilnehmern nach 15tägigen Verhandlungen nicht, zu einer Einigung zu gelangen. Zwei Monate danach brach die zweite *Intifada* aus. Im Dezember machte Präsident Clinton eine Reihe von Vorschlägen zur Beendigung des Konflikts, die auf beiden Seiten eher auf Ablehnung als auf Zustimmung stießen. Am 21. Januar 2001, einen Tag nach der Amtseinführung von Präsident Bush und zwei Wochen vor der Wahl des Premierministers in Israel, begannen im ägyptischen Taba israelisch-palästinensische Gespräche über ein Endstatusabkommen, die nach einer Woche mit der Zusicherung zu Ende gingen, die Gespräche nach den Wahlen fortzusetzen, was in der Folge in Vergessenheit geriet.

Ich amtierte in der Regierung Barak als Justizminister, gehörte dem Sicherheitskabinett und dem engeren Friedenskabinett an und nahm an den Gesprächen in Taba teil. Mein Gefühl war, dass intensive

Verhandlungen von wenigen Wochen zu einer Beseitigung der Differenzen zwischen den Parteien führen könnten. Jassir Abed Rabbo, der Tourismusminister im Kabinett von Jassir Arafat war und diesem sehr nahe stand, hatte ein ähnliches Gefühl. Nach der Wahl von Ariel Sharon zum Premierminister – ich weigerte mich wegen der gewaltigen ideologischen Differenzen zwischen uns seiner Regierung anzugehören – schlug ich Abed Rabbo vor, in den kommenden Monaten die Verhandlungen in inoffizieller Weise weiterzuführen und zu einer Lösung zu gelangen. Die Ergebnisse sollten der israelischen und palästinensischen sowie der internationalen Öffentlichkeit präsentiert werden, um zu beweisen, dass, obwohl viele in jenen Tagen nicht mehr an einen Friedensschluss glaubten, es immer noch möglich war, zu einem Frieden zu gelangen. Abed Rabbo war von der Idee begeistert und wir kamen überein, dass jede Seite eine Person bestimmt, die einen ersten Entwurf verfassen sollte; dieser sollte dann von der jeweils anderen Seite kommentiert werden.

Wir dachten, dass die Arbeit einige Monate dauern würde, doch benötigten wir zweieinhalb Jahre. Hierfür gab es mehrere Gründe: Erstens befanden wir uns in der schwierigsten Phase der *Intifada*. Die Gewalt war überall zu spüren, die Sicherheitsvorschriften wurden von Mal zu Mal strenger, so dass es für die Palästinenser kaum mehr möglich war, nach Israel zu kommen und die Israelis nicht mehr in die von den Palästinensern bewohnten Gebiete fahren konnten. Treffen im Ausland waren zwar möglich, doch kosteten sie sehr viel Geld, und auch diese kamen wegen Sicherheitsproblemen nicht immer zu Stande. Zweitens wollte jede Seite den Kreis derer, die einem Abkommen verpflichtet waren, erweitern: Ich wollte auch Parlamentarier und Politiker hinzuziehen, die zum Spektrum rechts der Mitte gehörten, während Abed Rabbo, der einer kleinen sozialdemokratischen Partei vorstand, bestrebt

war, wichtige Mitglieder der *Fatah* einzubeziehen. Sein besonderes Interesse galt dabei der nachfolgenden Generation. Außerdem war es notwendig, Spezialisten einzusetzen, vor allem auf dem Gebiet der Kartografie, doch auch in anderen Bereichen. All das hatte zur Folge, dass sich die Verhandlungen in die Länge zogen. Zweifelsohne handelte es sich hier um sehr seltsame Verhandlungen. Zum Teil fanden diese an verregneten Tagen an den Grenzübergängen in Autos statt, denn den Parteien war es lediglich gestattet, zu diesen Übergängen zu kommen. Trotz all dieser Schwierigkeiten lag es jedoch den Vertretern des Friedenslagers beider Völker daran, aus tiefster Überzeugung zu beweisen, dass sie keine Träumer waren, wenn sie von einem israelisch-palästinensischen Frieden sprachen.

Worin lag das Besondere dieser Verhandlungen im Vergleich zu früheren? Beim Friedensprozess, der 1993 in Oslo begann,

waren sich die Parteien nicht bewusst, dass die Stunde der Wahrheit gekommen war, sie alle Karten auf den Tisch legen und zu einem endgültigen Kompromiss gelangen mussten. Dagegen gelang es uns bei der Genfer Initiative – der Name ist darauf zurückzuführen, dass sich die Schweizer Regierung zu einem bestimmten Zeitpunkt der Initiative anschloss und bereit war, sie zu finanzieren und einen Teil unserer Treffen in Genf stattfinden zu lassen – eine künstliche »Stunde der Wahrheit« zu schaffen, bei der wir unsere wahren »roten Linien« zu erkennen gaben. So gelang es uns, in allen Punkten, die auf der Tagesordnung waren, eine Einigung zu erzielen, ohne Einschränkungen und ohne dass ungelöste Probleme übrig blieben, über die eine dritte Partei hätte entscheiden müssen.

Konsequenzen

Die Einzelheiten der Vereinbarungen einschließlich dreißig Karten, die die Teilung Jerusalems und die Grenze zwischen Israel und Palästina »hausgenau« veranschaulichen, können auf unserer Website unter www.geneva-accord.org in Deutsch und anderen Sprachen nachgelesen werden.

Die wichtigste Konsequenz unseres Plans, der heute als die vernünftigste Lösung des am längsten andauernden internationalen Konfliktes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gilt, lautet: In der Stunde der Wahrheit können alle zur Diskussion stehenden Probleme gelöst werden. Die Behauptung, dass es sich hier um einen unlösbaren Konflikt handele, entbehrt jeder Grundlage. Sie entspricht lediglich dem Willen der Extremisten auf beiden Seiten, einen historischen Kompromiss zu verhindern. Am leichtesten kann das territoriale Problem gelöst werden. Grundlage sind die Grenzen von 1967. Israel wird unserem Plan zufolge drei Prozent der Westbank annektieren, jedoch dem palästinensischen Staat ein ähnlich

großes, unter seiner Souveränität stehendes Gebiet übertragen. Alle Siedlungen, die sich jenseits der vereinbarten Grenzlinie befinden, werden geräumt. Sicherheitsvereinbarungen, die Wasserfrage, die Frage der Grenzübergänge zwischen Palästina und Jordanien, sind vor allem technischer Natur und werden auf Grundlage von Lösungen geregelt, die bereits im Interimsabkommen von 1995 beschlossen wurden. Die palästinensischen Flüchtlinge erhalten für ihr verlorenes Eigentum und für das erlittene Leid eine Entschädigung; ihre Ansiedlung erfolgt im palästinensischen Staat, in ihren derzeitigen Aufenthaltsländern, in Drittländern, die bereit sind, sie auf Grund von Quoten aufzunehmen, sowie in Israel auf der Grundlage einer souveränen Entscheidung seiner politischen Instanzen. Dabei werden die durchschnittlichen Aufnahmequoten der Drittländer berücksichtigt. Jerusalem wird geteilt, wobei die jüdischen Viertel zu Israel und die arabischen Viertel zu Palästina gehören werden. Der Tempelberg wird unter palästinensischer Souveränität stehen, während für die Klagemauer die israelische Souve-

ränität gelten wird. Archäologische Ausgrabungen werden nur mit gegenseitigem Einverständnis durchgeführt und die heiligen Stätten frei zugänglich sein.

Dies sind die Genfer Vereinbarungen. Sie sind weder Bibel noch Koran. Vielleicht würden offizielle Verhandlungen zwischen den Parteien zu geringfügig anderen Vereinbarungen führen, doch das große Geheimnis haben wir schon gelüftet: Es ist möglich, den Konflikt zu lösen, und die Lösung wird zu einer *win-win*-Situation führen. Je schneller wir zu einer Lösung kommen, desto besser. Und dies wird dann geschehen, wenn an der Spitze der PLO eine national-säkulare Gruppe steht und zur israelischen Führung ehemalige *Likud*-Politiker gehören, die ihren langjährigen Irrtum eingesehen haben. Die Zeit läuft aber gegen die Friedensstifter. Der religiöse Extremismus mit seiner Verachtung für den Frieden und dem Warten auf den Messias lauert überall. Und bis dieser kommt, wird, Gott behüte, ein Ozean von Blut vergossen werden.

(Übersetzung aus dem Hebräischen von Nicholas Yantian.)

Abdallah Al-Frangi

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion den unabhängigen Staat Israel aus. Während für die Juden ein zionistischer Traum Wirklichkeit wurde, begann für die palästinensische Bevölkerung eine Katastrophe (Al-Nakbah). Vertreibung, Flucht, Not und Elend waren die Folgen. Doch auch wenn seither die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander nicht gegeben waren, der Frieden wird kommen.

Aus dem grausamen Holocaust, der in Europa stattfand, erwuchs ein tiefes Bedürfnis, eine Verpflichtung zur »Wiedergutmachung« an den Juden. Dadurch legitimierte die Weltgemeinschaft mehrheitlich die Gründung des Staates Israel, der für die Juden weltweit als nationale Heimstätte gedacht war. Der Teilungsplan

Abdallah Al-Frangi

(* 1943) ist seit 1998 Mitglied des Zentralkomitees der PLO. Er war von 1993-2005 Generaldelegierter Palästinas in Deutschland und leitet seit 2007 die außenpolitische Abteilung der *Fatah* in Ramallah.

alfrangi@gmail.com